

ANTRAG

der Fraktion der BMV

Privilegierung von Windkraftanlagen abschaffen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dem Antrag des Bundeslandes Brandenburg im Bundesrat „Entschließung des Bundesrates zur Entprivilegierung der Windenergienutzung“ (Bundesratsdrucksache 509/18) anzuschließen.

Bernhard Wildt und Fraktion

Begründung:

Die Zukunft der Energiewende steht und fällt mit der Akzeptanz der Bevölkerung. Die Zustimmung zum bevorzugten Ausbau von Windkraftanlagen an Land konnte im Jahr 2013 eine Zustimmung von 49 Prozent verzeichnen. Im Jahr 2015 lag die Zustimmung zum bevorzugten Ausbau nur noch bei 41 Prozent. Auf die Frage, ob das Bauen von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nachbarschaft auf ihre Akzeptanz stoßen würde, antworteten 2013 noch 55 Prozent der Teilnehmer zustimmend, im Jahr 2015 waren es nur noch 46 Prozent (https://www.regierung-mv.de/serviceassistent/_php/download.php?datei_id=1571711).

Dass die Landesregierung nach dieser Studie festhält, dass „fast jeder Zweite [...] Windräder in unmittelbarer Nähe akzeptierten“ würde, zeigt, dass sie über die Hälfte der Menschen in diesem Land, also mehr als jeden Zweiten, ignoriert (<https://www.regierung-mv.de/Aktuell?id=112425&processor=processor.sa.pressemitteilung>).

Wenn die gewünschten Ziele, die mit der Energiewende verfolgt werden, erreicht werden sollen, dann müssen wir den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen massiv drosseln. Mit sinkender Akzeptanz und steigendem Ausbau wird die Energiewende nicht gestärkt, sondern gefährdet.

Es wäre ein starkes Signal an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, wenn wir uns für die Abschaffung der bauplanerischen Privilegierung von Windkraftanlagen einsetzen. Die gesetzliche Bevorzugung dieser angeblichen Leittechnologie hat lange genug stattgefunden und gefährdet auf Dauer zumindest in Mecklenburg-Vorpommern die Zustimmung zur Energiewende.